

**Niederschrift zur 43. Sitzung des Beirates am Donnerstag, den 11. September 2014 um 18.30 Uhr im Sitzungssaal des Ortsamtes Vegesack, Gerhard-Rohlf's-Straße 62, 28757 Bremen**

**Beginn:** 18.30 Uhr  
**Ende:** 21.55 Uhr

**Vorsitzender:** OAL Herr Dornstedt  
**Schriftführerin:** Frau Zilm

**Tagesordnungspunkte:**

1. Wünsche und Anträge der Bürger an den Beirat
2. Genehmigung der Niederschriften der 40. Sitzung vom 08.05.2014, der 41. Sitzung vom 12.06.2014 und der 42. Sitzung vom 10.07.2014
3. Umgestaltung des Außengeländes des Gustav-Heinemann-Bürgerhauses Ca. 18.30 Uhr
4. Schließung des Gustav-Heinemann-Bürgerhauses im Sommer Ca. 19.00 Uhr
5. Bebauungsplan 1247 Aumunder Wiesen Ca. 19.30 Uhr
6. Bebauungsplan 104 Hohle Straße Ca. 20.30 Uhr
7. Bebauungsplan 101 Kleine Breite Ca. 21.00 Uhr
8. Halenbeckstraße Teilumbau zur Mischverkehrsfläche Ca. 21.15 Uhr
9. Anträge und Anfragen der Parteien
10. Mitteilungen des Ortsamtsleiters
11. Mitteilungen der Beiratssprecherin
12. Wünsche und Anregungen der Beiratsmitglieder

**Anwesende Mitglieder:**

Beringer, Volker  
Buchholz, Rainer  
Degenhard, Cord  
Jäckel, Gabriele  
Kiener, Günter  
Kurt, Sabri  
Pörschke, Thomas  
Riebau, Joachim  
Scharf, Detlef – bis 21:30 Uhr  
Sprehe, Heike  
Tienken, Volker  
Schulte- Im Rodde, Christoph  
Frenzel, Greta  
Keßenich, Gundram  
Sonnekalb, Ralf  
Sulimma, Wilfried – ab 18:55 Uhr

**Weitere Teilnehmer:**

Herr Voß	Revier Vegesack
Frau Staatsrätin Emigholz	Senator für Kultur
Frau Gronholz	Gustav-Heinemann-Bürgerhaus
Frau Kramer	Hans-Wendt-Stiftung
Herr Lemke	BPW-Baumgart und Partner
Herr Gotzen	Senator für Bau und Umwelt

Herr Mosel  
Herr Romeiser  
Herr Hafke

M-Projekt  
Architekt von M-Projekt  
Bauamt Bremen-Nord

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht zugegangen ist. Änderungswünsche zur Tagesordnung liegen nicht vor. Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Form genehmigt.

Der Vorsitzende teilt mit, dass zu einer Veranstaltung für Kinder und Jugendliche am 19.9.2014 von 15:00 bis 17:00 Uhr am Grohner Grün unter dem Namen „Entdeck‘ mit uns die Welt der Krabbeltiere“ eingeladen wird.

Der Vorsitzende fragt nach, ob noch Änderungswünsche zur Schulwegplanung vorliegen. Es werden keine Änderungswünsche benannt.

### **Tagesordnungspunkt 1**

#### **Wünsche und Anträge der Bürger an den Beirat**

Es liegt ein schriftlicher Antrag eines Bürgers bezüglich des Gebietes Alten Hafenstraße vor. Dieses Thema soll, sobald die Vorlage des Amtes für Straßen und Verkehr vorliegt, abschließend im Beirat behandelt werden.  
Es werden keine weiteren Anträge vorgetragen.

### **Tagesordnungspunkt 2**

#### **Genehmigung der Niederschriften der 40. Sitzung vom 08.05.2014, der 41. Sitzung vom 12.06.2014 und der 42. Sitzung vom 10.07.2014**

Es liegen keine Änderungswünsche vor. Somit sind die Niederschriften in der vorliegenden Form genehmigt.

### **Tagesordnungspunkt 3**

#### **Umgestaltung des Außengeländes des Gustav-Heinemann-Bürgerhauses**

Der Vorsitzende begrüßt Frau Kramer (Hans Wendt Stiftung) und Frau Gronholz (Leiterin des Gustav-Heinemann-Bürgerhauses). Die Hans Wendt Stiftung hatte einen Antrag auf Vergabe von Beiratsmitteln für die Gestaltung des Außengeländes im Eltern-Kind Bereich des Gustav-Heinemann-Bürgerhauses an den Beirat gerichtet. Es geht um die Antragssumme von 3812,18 Euro. Der Beirat hatte im Mai entschieden, dass die Maßnahme vorab im Beirat vorgestellt werden soll.

Der Vorsitzende erklärt, dass der Beirat entweder am heutigen Tag, oder aber in der Oktobersitzung, wenn die Vergabe der Restmittel auf der Tagesordnung steht, entscheiden kann.

Frau Kramer erläutert, dass die Hans Wendt Stiftung ein freier Jugendhilfeträger in Bremen ist. Im Gustav-Heinemann-Bürgerhaus unterhält die Stiftung seit 2004 ein Büro wo die Erziehungshilfen bearbeitet werden. Seit 2010 gibt es einen Spielkreis und eine Kleinkindgruppe im Eltern-Kind Bereich des Gustav-Heinemann-Bürgerhauses. Es wurde, obwohl das Außengelände nicht den Vorschriften und den Sicherheitsbestimmungen entspricht, vom Landesjugendamt eine Betriebserlaubnis erteilt. Das Außengelände ist aber für die Gruppen momentan nicht nutzbar. Anfang des Jahres hat nochmals eine Begehung mit dem Landesjugendamt und der Unfallkasse stattgefunden, dabei wurde ganz klar festgestellt, dass die Anlagen nicht für Kleinkindergruppen geeignet seien und Unfallgefahren bestehen, sodass das Außengelände nicht genutzt werden darf. Das Personal hat diese Situation sehr gut aufgefangen, eine Dauerlösung ist das jedoch nicht.

Der Bedarf für solche Kleinkindgruppenbetreuung (20 Std. an 4 Tagen) ist groß, es wird eine Warteliste geführt. Viele Familien mit Migrationshintergrund sind in den Gruppen vertreten.

Herr Buchholz versteht nicht, warum die Hans-Wendt-Stiftung sich nicht an den Vermieter wendet, dass die Anlagen den Vorschriften entsprechend eingerichtet werden. Außerdem fragt er, aus welchen Bereichen in Bremen-Nord die Kinder kommen. Er überlegt, ob nicht evtl. bei den anderen beiden Beiräten in Bremen-Nord Mittel beantragt werden könnten. Er wirbt dafür, dass der Beirat am heutigen Abend keinen Beschluss fassen sollte.

Frau Kramer erklärt daraufhin, dass die Kinder aus Vegesack direkt kommen.

Frau Gronholz erklärt, dass die Auflagen Nutzerspezifische Anforderungen sind und diese erst nach dem Umbau bekannt wurden.

Frau Sprehe bedankt sich für die Ausführungen. Sie ist der Meinung, dass die anderen Beiräte sich auch an dem Bürgerhaus, das für ganz Bremen-Nord zur Verfügung steht, beteiligen sollten. Auch sie spricht sich dafür aus, am heutigen Tag noch keine Entscheidung zu treffen.

Herr Scharf fragt, warum das Bürgerhaus die Mittel nicht beantragt, er ist der Meinung, dass es dann leichter wäre, auch von Lesum und Blumenthal Mittel einzuwerben.

Herr Degenhard fragt, ob das Außengelände wieder so hergerichtet wurde, wie es vorher war.

Frau Gronholz erwidert darauf, dass der Zaun erneuert wurde. Außerdem erklärt sie, dass das Bürgerhaus natürlich auch den Antrag hätte stellen können, aber die Hans Wendt Stiftung hat das übernommen, weil die am besten weiß, wie die Anforderungen sind.

Frau Kramer erläutert, dass durch den Rechtsanspruch für U3 Kinder in den Einrichtungen ein enormer Druck entstand und genauer hingeschaut wurde. Die Unfallkasse hat darauf hingewiesen, dass zwingend an den Außenanlagen etwas passieren muss.

Der Vorsitzende erinnert an einen ähnlichen Fall, dass ein nutzerspezifischer Antrag gestellt wurde. Er denkt da an das „erste Lesumer Fernsehen“ welches im Bürgerhaus untergebracht ist.

Es geht am Ende darum, ob der Beirat eine Maßnahme fördern möchte oder nicht, da ist es unerheblich, wer den Antrag gestellt hat.

Frau Sprehe gibt den Tipp in den anderen Beiräten einen gleichen Antrag zu stellen, die Summe würde dann gedrittelt werden.

Der Vorsitzende bedankt sich bei Frau Kramer für ihre Ausführungen. Der Beirat wird in der Oktobersitzung über den Antrag entscheiden.

#### **Tagesordnungspunkt 4**

#### **Schließung des Gustav-Heinemann-Bürgerhauses im Sommer**

Der Vorsitzende begrüßt die Staatsrätin Frau Emigholz. Er teilt mit, dass Herr Pörschke als Sprecher der Kultur gGmbH im Publikum Platz genommen hat und in der Folge eine Erklärung für die Kultur gGmbH abgeben wird. Außerdem begrüßt er Frau Wegner-Sour vom Vorstand des Gustav-Heinemann-Bürgerhauses und Herrn Prieser, den Geschäftsführer der Kultur gGmbH.

Im Sommer hat die Schließung des Gustav-Heinemann-Bürgerhauses hohe Wellen geschlagen. Die Presse berichtete darüber. In dieser Sitzung soll geklärt werden, warum es zur Schließung kam und wie es im nächsten Sommer weiter geht.

Frau Emigholz bedankt sich für die Einladung. Sie ist der Meinung, dass es nicht immer nur Feste zu feiern gibt und dass Probleme offen besprochen werden müssen. Sie arbeitet viel mit Beiräten zusammen und hat gerade vom Vegesacker Beirat eine beispiellose Unterstützung für den Umbau des Bürgerhauses erfahren und fühlt sich dem Beirat verpflichtet.

Sie erinnert daran, dass die Kollegen im Gustav-Heinemann-Bürgerhaus lange Zeit im Lärm, Staub und Dreck gearbeitet haben und außerdem noch viele Überstunden ansammelten, die sich nicht abbummeln konnten. Diese Mitarbeiter haben ein Recht auf die Fürsorge des Arbeitgebers. Zum Schutz der Mitarbeiter war es notwendig das Haus zu schließen. Es soll keine Wiederholung geben, diese einmalige Schließung war den Bedingungen geschuldet. Sie bittet herzlich um das Verständnis des Beirates.

Als Nachbesserungsbedarf hat sie mit Frau Gronholz besprochen, dass das Thema im Beirat vor der Sommerpause hätte geklärt werden müssen. In Zukunft sollen diese Dinge im Vorfeld besprochen werden. Frau Emigholz bittet um Verständnis und Entschuldigung, dass es diesen Sommer nicht so war wie gewünscht.

In der nächsten Zeit wird die Kultur gGmbH in Zusammenarbeit mit dem Bürgerhaus ein tolles, attraktives Programm bieten.

Herr Pörschke erinnert, dass die Schließung für die Bauarbeiten ein hohes finanzielles Risiko darstellte. Es gelang, die Cafeteria und den Küchenbetrieb vorübergehend in der Markthalle unterzubringen. Der Mittagstisch wurde über einen längeren Zeitraum sichergestellt und es wurden auch Einnahmen erzielt.

In den Sommerferien wurde in der Vergangenheit die Erfahrung gemacht, dass der Küchenbetrieb rückläufig ist und geringere Einnahmen erzielt wurden. Da die Rücklagen durch die Umbauphase aufgebraucht waren, war die Risikobereitschaft in diesem Jahr gesunken. Dieses Mal hat man sich entschieden, eine kurze Pause einzulegen. Andere Bürgerhäuser schließen auch, nennen es nur anders, z.B. „veranstaltungsfreie Zeit“. Er betont, dass im Sommer 2015 Programm gemacht werden soll, aber das kann noch nicht vorgestellt werden. Der Kulturbereich und der Küchenbereich innerhalb des Bürgerhauses sind betriebswirtschaftlich streng zu trennen. Defizite im Küchenbereich dürfen nicht mit Mitteln aus dem Kulturreisort ausgeglichen werden.

Er erläutert zur Frage der Überstunden, dass für Überstunden und nichtgenommene Urlaubstage bilanzielle Rückstellungen geschaffen werden müssen. In einer Zeit, in der es kaum noch finanziellen Spielraum gibt, wird das zum Problem.

Der Vorsitzende bedankt sich für die Ausführungen.

Herr Buchholz bedankt sich bei Frau Emigholz und erklärt, dass er erbost war, als er von der Schließung erst durch die Zeitung erfahren hat. Es kann nicht sein, dass ein Haus, welches zu Recht mit großem „Brimborium“ eröffnet wurde, nach gefühlt sehr kurzer Zeit für 4 Wochen geschlossen wurde.

Wenn im Vorfeld die notwendigen Informationen geflossen wären, die man als Beirat der Öffentlichkeit hätte erklären können, wäre eine Schließung für einen maßvollen Zeitraum von 14 Tagen in Ordnung gewesen. Aber dieses Haus für 4 Wochen, dazu über das Wochenende der Markteröffnung zu schließen, hält er für ein Ding aus dem Tollhaus.

Es fehlte an Kommunikation und Fingerspitzengefühl.

Er erinnert an den Sommer 2011, als das Kito für 9 Wochen geschlossen wurde. So etwas darf sich in keinem Falle wiederholen.

Er appelliert an alle, das Bürgerhaus wieder zur „Stadthalle von Bremen-Nord“ zu machen. Er ist sich aber darüber bewusst, dass dazu Gruppen wie der Zirkus Tohuwabou und das Stadttheater gebraucht werden. Er bittet darum, die „Geisterakademie“ des Herrn Daus kritisch zu beobachten, diese hatte es nicht geschafft am Eröffnungstag etwas zu den Feierlichkeiten beizutragen. Die Akademie beansprucht für sich den Großen Saal für rund 200 Tage im Jahr. Das sind 200 Tage, an denen die anderen Gruppen diesen Saal nicht nutzen können. Er erklärt, dass der Beirat darauf achten wird, dass hier eine gerechte und sinnvolle Verteilung erfolgt.

Frau Sprehe erinnert an den Tagesordnungspunkt und wird auf die Ausführungen von Herrn Buchholz nicht eingehen. Sie zeigt Verständnis für die Überstundensituation, kritisiert aber die mangelhafte Kommunikation. Frau Sprehe nimmt die Entschuldigung von Frau Emigholz an und freut sich auf das Sommerprogramm im nächsten Jahr.

Herr Kurt nimmt die Entschuldigung an, legt aber großen Wert darauf, dass der Mittagstisch und die Cafeteria in Zukunft durchgängig geöffnet bleiben.

Herr Scharf schaut nach vorne und möchte die Gelegenheit nutzen, einige Fragen an Frau Emigholz zu stellen. Da das Thema nicht auf der Tagesordnung steht, wird verabredet, dass die Fragen schriftlich an Frau Emigholz gestellt werden.

Frau Gronholz hätte sich gewünscht, dass diese Fragen direkt an sie gestellt worden wären, sie legt großen Wert auf Transparenz und bietet jederzeit Gespräche an.

Frau Emigholz erklärt welche Bereiche in der Verantwortung des Kulturressorts liegen. Das sind vor allem Investitionsfragen, also Dinge die fest im Haus verbunden sind, wie z.B. die Böden etc. Es wird weiter nachgerüstet, wenn nach Kassenschluss am Ende des Jahres noch Gelder übrig sind.

Die Regelungen betreffend des Gastronomiebereiches innerhalb des Bürgerhauses sind sehr komplex, das würde sie gerne einmal aufbereiten um den Beirat dazu umfassend zu informieren. Das Kulturressort wird einen schriftlichen Vermerk an den Beirat geben.

Außerhalb der enormen Investitionen hat das Kulturressort versucht das Haus zu stützen, als Einbrüche der Einnahmen durch die Programmausfälle sichtbar wurden.

Sie erklärt zum Einwand von Herrn Buchholz bezgl. der „Geisterakademie“, dass sie die Nutzungszahlen und Frequenzen der Europachorakademie genau im Auge behalten wird und auch tätig werden würde, wenn Bedarf besteht.

Sie bietet an, wenn es gewünscht sei, auch im Herbst wieder an einer Beiratssitzung teilzunehmen.

Frau Wegner-Sour als Vereinsvorsitzende erklärt, dass der Verein, trotz aller Überlegungen zur Fürsorge für die Arbeitnehmer des Hauses, sich gegen eine Schließung entschieden hatte.

Herr Degenhard hält die Schließung im Sommer nicht für einen Glücksgriff, sieht es aber nicht ganz so dramatisch. Seine persönlicher Eindruck war, dass sich die Banker, Rechtsanwälte und gutverdienenden Journalisten am meisten beschwert hatten, weil sie ihren günstigen Mittagstisch schmerzlich vermisst hatten, der aus öffentlichen Geldern bezuschusst wird. Für die übrigen Restaurantbesitzer sei dies im Übrigen eine harte Konkurrenz.

Der Vorsitzende bedankt sich und verabschiedet Frau Emigholz und Frau Gronholz.

## **Tagesordnungspunkt 5**

### **Bebauungsplan 1247 Aumunder Wiesen**

Der Vorsitzende begrüßt Frau Wiedau (Bauamt Bremen-Nord), Herrn Gotzen (Verkehrsreferat der Senatorischen Behörde für Umwelt Bau und Verkehr), Herrn Lemke (verantwortlicher Planer) sowie Herrn Voss (Polizei). Im Publikum sitzen außerdem Herr Romeiser und Herr Mosel.

Er erinnert an die Sitzung am 12. Juni 2014 und den vom Beirat einstimmig gefassten Beschluss.

*„Der Beirat bekräftigt die grundsätzliche Zustimmung der Bebauung der ehemaligen Friedhofserweiterungsflächen. Begrüßt wird die Idee einer Ringerschließung. Der Beirat fordert darüber hinaus mit Nachdruck eine erneute Überprüfung der gesamten Frage der verkehrlichen Anbindung unter Einbeziehung aller relevanten Faktoren. Das ASV wird aufgefordert die verkehrlichen Auswirkungen als Ganzes zu prüfen und zu bewerten und dem Beirat vorzustellen.“*

Der letzte Punkt des Beschlusses ist Thema des heutigen Abends. Es stehen drei Erschließungsvarianten zur Diskussion.

1. Erschließung über Beckstraße
2. Erschließung über die Aumunder Weidestraße
3. Erschließung über die Meinert-Löffler-Straße

Es soll die Frage geklärt werden, welche Auswirkungen für die Anwohner und den Straßenverkehr die verschiedenen Varianten haben.

Er erläutert, dass es sich noch um ein sehr frühes Stadium der Planaufstellung handelt. Nach der Vorstellung der Möglichkeiten ist der Beirat gehalten ein Votum zur Variante der Erschließung abzugeben und anschließend zu sagen, wie die erforderliche Bürgerbeteiligung erfolgen soll. In der Regel beschließt der Beirat die Durchführung einer Einwohnerversammlung. Danach folgen weitere Schritte, in denen sich betroffene Anwohner inhaltlich einbringen können, es erfolgt 1. eine öffentliche Auslegung und 2. eine erneute Trägerbeteiligung, d.h. das Ganze kommt wieder in den Beirat bevor es zu einem Ortsgesetz wird.

Herr Gotzen stellt im Anschluss die Ergebnisse der Prüfung der verkehrlichen Auswirkungen vor. Er erläutert, dass dort 45 Wohneinheiten geschaffen werden sollen. Man geht am Tag von 3 bis 4 Fahrten pro Wohneinheit aus. Zu berücksichtigen ist die ÖPNV Erschließung. Nach seiner Rechnung ist mit rund 136 Fahrten pro Tag zu rechnen. Diese verteilen sich über den Tag. Er geht zwischen 6:00 Uhr und 7:30 Uhr von 32 Fahrten für Fahrten zur Arbeit aus. Das heißt alle 3 Minuten verlässt ein Fahrzeug das Gebiet. Die Summe der An- und Abfahrten sind dann 64 pro Tag. Sonstige Fahrten wären theoretisch 26 Fahrten rein und raus. D.h. dass ca. alle 20 Min. ein Fahrzeug das Gebiet verlässt oder dort hineinfährt. Natürlich kommen noch andere Fahrten durch Postfahrzeuge, Besuch etc. zustande, selbst wenn man also die Zahlen verdoppelt ist man bei einer Größenordnung von alle 10 Minuten, dass ein Fahrzeug ein oder aus fährt. Wenn man diese Zahlen sieht, stellt man fest, dass es wirklich nicht viel Verkehr ist, der in dem Gebiet entsteht. Im Vergleich dazu, die Meinert-Löffler-Straße hat ca. 5000 Fahrten am Tag, die Aumunder Weidestraße ca. 1000 am Tag. Die Frage nach den Auswirkungen ist aufgrund der geringen Menge gar nicht zu beantworten. Man kann jedoch davon ausgehen, dass die meisten Ziele sich in Richtung Meinert-Löffler-Straße orientieren. Für den Kreisverkehr ist der zusätzliche Verkehr kein Problem.

Zur Frage der Erschließungsvarianten erläutert er, dass aus Sicht des ASV die Beckstraße ausscheidet. Die Sichtverhältnisse sind ausgesprochen schlecht. Die Präferenz des ASV liegt bei der Meinert-Löffler-Straße. Zur Begründung: In der Meinert-Löffler-Straße liegt die nächstgelegene Haltestelle zum Zentrum des Wohngebietes. Das heißt, dass auf jeden Fall eine Fuß- oder Radwegverbindung zur Meinert-Löffler-Straße angelegt werden muss, auch dann, wenn es eine Erschließung über die Aumunder Weidestraße geben sollte.

Die Erschließung über die Aumunder Weidestraße ist auch möglich, es gibt die Faustformel, dass ca. 50 Meter Abstand zum Kreislauf eingehalten werden sollten. Bei den geringen Verkehrszahlen ist es aber auch vertretbar, den Abstand etwas zu verringern. Noch zu beachten ist, wenn es zu dem Durchstich zur Meinert-Löffler-Straße kommt, dass der Rad- und Gehweg, der momentan hinter der vorhandenen Baumreihe liegt, an den Fahrbahnrand zu verlegen ist.

Herr Pörschke kann nicht nachvollziehen, dass die Anbindung an den ÖPNV, die grundsätzlich sinnvoll erscheint, nur an dieser einen Stelle erfolgen soll. Er ist den Weg mehrfach abgelaufen und konnte zu keiner Zeit den Bus nutzen. Der Bus fährt dort nur sehr selten, man muss sowieso meistens zum Aumunder Bahnhof laufen. Es ist aber egal ob im Norden oder im Süden angebunden wird, es handelt sich bestenfalls um eine Differenz von 2 Minuten.

Ihm geht es um den Kurswechsel des ASV. Vor Jahren wurden die verschiedenen Straßenanbindungen bereits geprüft und man kam damals zu dem Ergebnis, dass eine Straßenanbindung im Norden, eine im Süden, die heute abgelehnt wird. Als ergänzendes Moment war der Durchstich zur Meinert-Löffler-Straße als Fußweg für die Friedhofsbesucher geplant. Er hätte erwartet, dass das „neue Denken“ der Stadtplanung dem Beirat vorgelegt wird.

Der Beirat Vegesack hat mit Beschluss vom 9.5.2007 und der Bekräftigung des Beschlusses am 18.5.2009 unter der Überschrift: „Eine Zerschneidung von Gärten ist zu vermeiden“ einstimmig einen Durchbruch über die Meinert-Löffler-Straße verworfen hat. Der Beirat hat damals verlangt, den Pächtern der Grundstücke dieses Land als Gartenland zu verkaufen. Er fragt nun, ob auf die Bebauung der Friedhofserweiterungsfläche verzichtet worden wäre, wenn die Grundstücke damals tatsächlich verkauft worden wären. Er glaubt nicht, dass Herr Mosel und die Stadtplanung darauf verzichtet hätten, sich über eine Bebauung des Gebietes Gedanken zu machen. In diesem Gutachten wird dieser Teil der Vorgeschichte nicht gewürdigt. Herr Pörschke ist außerdem der Meinung, dass auch die Bedingungen, unter denen die Anwohner damals ihre Grundstücke erworben haben, gewürdigt werden müssen. Die Anwohner haben damals geglaubt, dass dort unter Umständen mal ein Fußweg zum Friedhof entstehen würde, aber zu keinem Zeitpunkt konnten sie damit rechnen, dass dort eine Straße zum Wohngebiet entstehen soll. Abschließend noch die Frage, warum die damaligen Planungen komplett umgeworfen wurden.

Herr Gotzen erklärt, dass er das Gutachten neutral geschrieben hat, dass es aber sein kann, dass die Kollegen damals die Anbindung in der Beckstraße nicht so kritisch gesehen haben, wie sie sich heute darstellt. Ganz neutral, wenn er es zu entscheiden hätte ist die Anbindung über die Meinert-Löffler-Straße die Beste.

Herr Tienken ist der Meinung, dass man heute mit 2 bis 3 Fahrzeugen pro Wohneinheit rechnen müsse. Da würde man bei rund 400 bis 500 Fahrten zuzüglich der Baufahrzeuge in den nächsten Jahren rechnen. Er denkt an die armen Anlieger, die eine Straße durch ihren Garten gebaut bekommen. Er ist der Meinung, dass man das 30 Meter breite Grundstück nach Norden nutzen sollte. Außerdem würde es durch die rechts vor links Regel zu großen Rückstauungen in der Meinert-Löffler-Straße kommen, die alle Anwohner beeinträchtigen würden.

Herr Gotzen erklärt, dass er mit den gängigen Zahlen gerechnet hat. Er hat jedes Mal den höheren Wert genommen. Er hätte es auch schön rechnen können. Es sind definitiv keine hohen Verkehrszahlen, von denen hier geredet wird. Er betont, dass er nicht gesagt hat, dass die Aumunder Weidestraße nicht geeignet ist, es wäre aber für ihn die zweite Lösung.

Herr Kiener hält die Fahrzeugbewegungen aus seiner Erfahrung heraus für minimal. Die Anwohner selber werden das sicherlich zunächst anders sehen, er bezweifelt, dass es zu dauerhaften Belästigungen für die Anwohner kommen wird. Zur Beckstraße erklärt er, dass dort zu bestimmten Zeiten ein großes Chaos herrscht, wenn die Kinder mit Auto zum Kindergarten gebracht werden. Er fragt nach, wie der Fahrradweg verlegt werden soll.

Herr Lemke erläutert, mit Hilfe einer PP-Präsentation (siehe Anlage) die Situation und erklärt, dass der Bereich, der für eine Erschließung über die Aumunder Weidestraße in Frage kommt, Wohnbauland in privatem Besitz ist. Außerdem wäre der „Erschließungsstich“ in Richtung Meinert-Löffler-Straße wesentlich kürzer als über die Aumunder Weidestraße.

Zur Frage des Fahrradweges zeigt er ein Bild, wie der Fahrradweg an den Straßenrand verlegt wird.

Er weist darauf hin, dass der alte Plan 2002 aufgestellt wurde und die Rahmenbedingungen sich geändert haben. Die Fläche des Baugebietes konnte seitens Immobilien-Bremen nie vermarktet werden. Mit der Nordvariante kann seiner Meinung nach das Gebiet nicht entwickelt werden. Außerdem werden bei beiden Varianten die gleiche Anzahl Bewohner betroffen sein. Es gibt gravierende Gründe die für eine Anbindung über die Meinert-Löffler-Straße sprechen.

Frau Sprehe bekräftigt, dass dort ein Baugebiet gewollt ist. Bei allen Varianten werden Anwohner betroffen sein. Der ÖPNV Anbindung ist aufgrund des größeren Umweltbewusstseins und höherer Kraftstoffpreise ein höherer Stellenwert einzuräumen als damals. Eine Erschließung über die Aumunder Weidestraße würde für ÖPNV-Nutzer, die zum

Aumunder Bahnhof wollen, ein erheblicher Umweg bedeuten. Die Anwohner der Meinert-Löffler-Straße sind unter den Bedingungen dort eingezogen, dass dort zumindest eine Erschließung als Fahrrad und Fußweg erfolgt. Die Anwohner der Aumunder Weidestraße konnten niemals damit rechnen, dass dort eine Straße angelegt wird, weil es sich dort um Bauland handelt. Sie favorisiert für sich und einen Teil der Fraktion die Anbindung über die Meinert-Löffler-Straße, weil dort die wenigsten Anwohner betroffen sind.

Durch die Erklärungen, dass dort eine Spielstraße und durch Grün eine Pufferzone entstehen soll, sei nicht zu befürchten, dass dort ein rasender Verkehr stattfinden wird.

Herr Buchholz dankt Herrn Pörschke, dass er die Historie noch einmal erwähnt hat, denn diese muss die Beratungen beeinflussen. Er zweifelt das Gutachten nicht an, hat aber einige Anmerkungen zum Aufbau des Gutachtens. Gleich am Anfang des Gutachtens könne man lesen, was bei dem Gutachten heraus kommen soll. Er glaubt, dass eine bestimmte Variante gepuscht werden soll, nämlich die der Meinert-Löffler-Straße. Ihm ist deutlich geworden, dass die angedachte Straße dort genau 3,50 Meter breit sein soll, genau so breit, wie der geplante Fuß- und Radweg. Die Fraktion hat sich umfassend mit diesem Thema beschäftigt. Bei dem hohen Verkehrsaufkommen in der Meinert-Löffler-Straße war sie überrascht, wie klein das Aufkommen in der Aumunder Weidestraße ist. Dort wäre es egal, wieviel Verkehr dort zusätzlich durch das Wohngebiet entstehen würde. Außerdem gibt es auch viele Einkaufsmöglichkeiten, die man genauso gut über die Aumunder Weidestraße erreichen könnte, wenn man sein Fahrzeug benutzt. Seine Fraktion stimmt für eine Anbindung über die Aumunder Weidestraße.

Herr Scharf erklärt dass er vom Gutachten nicht überrascht ist. Er berichtet, dass dort nie 50 Km/h gefahren wird, er sieht dort ein erhebliches Gefahrenpotenzial.

Herr Pörschke zitiert einen Vertragstext vom 27.4.1994. „Herr .... ist darüber informiert worden, dass dieses Grundstücksteil für den Ausbau einer Zuwegung des Friedhofsgeländes vorgesehen ist.“ Dieser Vertrag ist von den Pächtern und dem ehemaligen Leiter des Bauamtes Herrn Steuer unterschrieben worden. Zu dem Vertragswerk gab es damals auch Gespräche, denn die Anwohner wollten wissen, wie wahrscheinlich eine Friedhofserweiterung sei. Es sind Signale ausgesandt worden, dass nur für den Fall der Friedhofserweiterung das Gelände zurück gefordert werden würde. Es macht ihm „Bauchschmerzen“, dass die Anwohner damals unter ganz anderen Voraussetzungen dort hingezogen sind. Er entscheidet sich für die Verlässlichkeit dieses kommunalen Gremiums, weil die Leute ein Recht haben, den Beschlusslagen des Beirates vertrauen zu können.

Herr Mosel beschäftigt sich seit einem Jahr mit diesem Gebiet. Es gibt einen Grund, warum es seit 6 Jahren Immobilien Bremen nicht gelungen ist, dieses Grundstück zu vermarkten. Es ist ein Thema der Wirtschaftlichkeit und er kann nur machen, was er auch wirtschaftlich vertreten kann. Ihm leuchtet nicht ein, warum die Menschen in der Meinert-Löffler-Straße mehr Vertrauensschutz haben sollen, als die Bewohner in der Aumunder Weidestraße. Die Bewohner sind nie davon ausgegangen, dass dort überhaupt mal eine Straße gebaut werden würde. Es gibt einen rechtskräftigen Bebauungsplan, der jetzt geändert werden würde. Den Vertrauensschutz an einen Bebauungsplan würde er höher ansehen, als den Vertrauensschutz der Anwohner der Meinert-Löffler-Straße. Er hat keine Präferenzen und ist objektiv daran gegangen, was eine städtebaulich sinnvolle Variante ist, und das ist klar die Erschließung über die Meinert-Löffler-Straße.

Herr Kiener drückt seine Hochachtung vor Frau Sprehe aus, dass sie ihre Meinung geändert hat und diese auch vertritt. Er meint, dass in dem Gutachten Fakten genannt wurden: 1. Beckstraße ist nicht geeignet, 2. Aumunder Weidestraße ist Bebauungsland, 3. Es werden entweder die einen oder die anderen die Straße vor die Tür bekommen. Er sorgt sich über die Belastung der Meinert-Löffler-Straße, dort ist viel Verkehr mit hohem Tempo unterwegs. Er fragt, wie dafür gesorgt werden soll, dass es dort nicht zu vermehrten Unfällen kommt.

Herr Gotzen muss davon ausgehen, dass sich jeder an die Straßenverkehrsordnung hält (großes Gelächter im Publikum). Auch wenn das nicht so ist, wird sich alle 3 Minuten dort ein Fahrzeug einfädeln können. Es gibt Straßen, z.B. Arster Damm, mit doppeltem Verkehrsaufkommen und auch dort können sich Fahrzeuge aus den einmündenden Straßen einfädeln. Er hält es für überzogen, wie hier die Situation dargestellt wird. Wenn der Radweg entsprechend angelegt wird, sieht er keine Gefahren.

Herr Voss erklärt, dass sein Interesse in erster Linie in der Verkehrssicherheit liegt. Momentan gibt es eine ähnliche Situation mit der Ausfahrt Beckstraße. Der Bereich ist dort genauso gefährlich, wie es bei der neuen Anbindung wäre. Es konnte bisher nicht festgestellt werden, dass es dort einen Brennpunkt für Verkehrsunfälle gibt. Er geht davon aus, dass nach den Umbaumaßnahmen, wenn die Sichtachsen frei sind und alles freigeschnitten ist, ähnliche Verhältnisse sein werden, wie in der Beckstraße.

Herr Degenhard betont, dass er Herrn Gotzen bei der Erstellung des Gutachtens keinerlei Tendenzen unterstellt. Er stimmt zu, die Zuwegung über die Meinert-Löffler-Straße für die bessere Lösung zu halten. Trotzdem wird er für die zweitbeste Lösung stimmen, weil 1. die Anwohner schriftliche Zusagen haben und 2. die Beschlüsse des Beirates plötzlich keinen Wert mehr hätten. Die Bürger müssen wissen, dass sie sich auf die Beschlüsse des Beirates verlassen können.

Frau Sprehe möchte darauf hinweisen, dass den ÖPNV-Anbindungen heute ein viel größerer Stellenwert eingeräumt wird, als es zu damaligen Zeiten üblich war. Es wundert sie, dass ausgerechnet die Grünen nicht so viel Wert darauf legen (großes Gelächter im Publikum). Eine fußläufige Verbindung zur Meinert-Löffler-Straße hält sie für unbedingt notwendig, egal über welche Anbindung das Gebiet erschlossen wird. Zum Anliegen der Anwohner erklärt sie, dass die einen Pachtverträge mit dem Hinweis einer fußläufigen Erschließung haben, die anderen einen rechtsgültigen Bebauungsplan haben, auf dem niemals eine Straße vorgesehen war. Dies gegeneinander aufzuwiegen ist außerordentlich schwierig. Sie bittet darum, eine Einwohnerversammlung abzuhalten in der alle Anwohner zu Wort kommen. Bisher haben sich nur die Anwohner der Meinert-Löffler-Straße zu Wort gemeldet.

Herr Schulte im Rodde erklärt, dass er an der Vorgeschichte nicht beteiligt war. Ein wesentliches Argument für die Stichstraße war die Zuwegung zum Friedhof, also ein Weg zur letzten Ruhe. Im Vorfeld muss man ehrlicher sein und sehr genau hinschauen, in welche Richtung man da entscheidet. Er sieht keine wesentlichen Argumente für die Meinert-Löffler-Straße. Im Verkehrsaufkommen sieht er nicht das Problem der Meinert-Löffler-Straße sondern durch das Gefälle in der Straße, weil man dort mit dem Rad sehr schnell herunter kommt.

Herr Mosel möchte etwas bezüglich der Verträge, die die Grundstücke zu einer kostenlosen Nutzung mit der Maßgabe eines Widerrufs überlassen, sagen. Es gibt nach seiner Kenntnis keine schriftlichen Zusagen des Bauamtes. Die Entscheidung, dass dort ein Baugebiet entstehen soll, bedingt auch, dass ein Baugebiet darstellbar ist. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass es mit der Nordvariante nicht geht. Bei einer Entscheidung für die Variante Aumunder Weidestraße muss man sich darauf einstellen, dass das Ganze scheitern wird.

Herr Lemke möchte noch einmal darauf hinweisen, dass der Wohnbebauung grundsätzlich zugestimmt wurde. Wenn man das Gebiet über die Aumunder Weidestraße erschließen will, ist man auf jemanden angewiesen, der sein privates Grundstück verkauft. Warum sollte diese Person das tun, wenn sie Wohnbauland dort hat?

Das Gebiet für die Erschließung des Baugebietes über die Meinert-Löffler-Straße ist öffentliche Grünfläche, die im Moment verpachtet ist. Dieses Projekt ist beim Bausenator angesiedelt, und der will, dass dieses Gebiet entwickelt wird.

Der Vorsitzende der Siedlergemeinschaft Aumund 1 erklärt dass das Gebiet von Wohnbebauung und Friedhof eingegelt ist. Er bewundert den Investor, wenn er es schafft, dort etwas hinzubekommen. Durch dieses Wohngebiet soll nun mit einem Schnitt versucht werden an diese grüne Lunge zu kommen. Der Streifen öffentliche Grünfläche ist nur 6 Meter breit, dort würden über Jahre Betonmischer durchfahren. Die Anwohner an dieser Straße würden Tag für Tag dem Lärm ausgesetzt sein. Er fragt, was denn von 3 Meter hohen Lärmschutzwällen gehalten wird um die Anlieger zu schützen. Außerdem fragt er, wenn 34000 m<sup>2</sup> Fläche zur Hälfte versiegelt wird, wohin das Regenwasser abfließen soll. Die Mitglieder der Siedlergemeinschaft werden juristisch vom Verband Wohneigentum betreut, es wird also nicht so einfach entschieden werden können.

Ein Anwohner erklärt, dass er dem Wohngebiet gegenüber nicht negativ eingestellt ist. Er zweifelt an, ob die ÖPNV-Anbindungen seitens der Aumunder Weidestraße sorgfältig geprüft wurden. Er weist auf die Zebrastreifen am Kreisel hin, wo die Straße sicher überquert werden kann. Die nächste Haltestelle, Milchstraße liegt in der Mitte und die dritte Haltestelle ist an der Lerchenstraße, auch sehr gut zu erreichen, wegen der Ampel.

Er glaubt, dass die Anwohner sich nicht daran halten werden, auf der Zuwegung mit weniger als 10 Km/h zu fahren. Er meint, dass die Pläne ja ganz gut wären, aber kein Mensch hält sich an die Regeln.

Über 20 Jahre wurde den Anwohnern versprochen, dass eine andere Erschließung als über die anderen ursprünglich geplanten Straßen nicht zumutbar sei. So steht es in der Deputationsvorlage. Herr Steuer hat seinerzeit gesagt, dass eine fußläufige Anbindung sinnvoll ist, wegen des geplanten Spielplatzes. Er fragt, wo Herr Mosel diesen geplant hat. Er fordert ein, dass der Beirat sein politisches Versprechen, sein Ehrenwort hält und es nicht für andere Maßnahmen opfert. Die Anwohner haben über Jahrzehnte aktiv versprochen bekommen, dass es höchstens einen Fußweg geben könnte.

Herr Gotzen erklärt nochmals, dass vom Zentrum des geplanten Wohngebietes der kürzeste Weg zur ÖPNV Haltestelle über die Stichstraße zur Meinert-Löffler-Straße geht. Herr Gotzen verabschiedet sich.

Ein Bürger macht einen Vorschlag, wie man den Radweg an der Meinert-Löffler-Straße von der geplanten Stichstraße zur Beckstraße führen könnte um die Gefahren für die Radfahrer zu senken.

Herr Lemke gibt ihm Recht, gibt aber zu beachten, dass es dort Grünstrukturen gibt, die berücksichtigt werden müssen.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Frau Sprehe bittet um eine Unterbrechung der Sitzung.

Der Beirat stimmt über die drei verschiedenen Zufahrtsvarianten ab. Es wird noch einmal klar gestellt, dass es sich um eine Spielstraße handeln wird, die dort entstehen soll.

#### **Abstimmungsergebnis:**

**0 (null) Stimmen für die Beckstraße**

**7 (sieben) Stimmen für die Aumunder Weidestraße**

**7 (sieben) Stimmen für die Meinert-Löffler-Straße**

**2 Personen haben nicht abgestimmt.**

**Die erforderliche Bürgerbeteiligung wird durch eine Einwohnerversammlung, in der beide Varianten vorgestellt werden, erfolgen.**

## **Tagesordnungspunkt 6**

### **Bebauungsplan 104 Hohle Straße**

Frau Wiedau, Herr Lemke und Herr Romeiser stellen den Plan vor. Es geht um die Entwicklung eines Grundstückes für das schon Baurecht besteht, der Plan müsste aber geändert werden. Die Firma M-Projekt möchte dieses Grundstück entwickeln. Es handelt sich um einen Plan der Innenentwicklung. D.h. es sollen Flächen wiedergenutzt werden, die untergenutzt oder gar nicht genutzt werden. Mit dieser Maßnahme soll an dieser Stelle Wohnraum geschaffen werden. Herr Lemke und Herr Romeiser stellen eine PP-Präsentation vor (siehe Anlage) um die genauen Planungen, die unter dem Namen Gärdeshof laufen, zu erläutern. Es handelt sich um ein Grundstück in zweiter Reihe an der Hohlen Straße.

Frau Sprehe hält die Planungen für dieses schwierige Gelände für eine ganz pfiffige Lösung.

Herr Degenhard hält die architektonischen Planungen für sehr gelungen.

***Der Beirat begrüßt die Planungen und entscheidet sich einstimmig für eine Einwohnerversammlung um die erforderliche Bürgerbeteiligung zu gewähren.***

## **Tagesordnungspunkt 7**

### **Bebauungsplan 101 Kleine Breite**

Der Beirat hatte sich bereits mit der Umnutzung des Betriebshofes der Firma Mailand zu Wohnzwecken befasst und zugestimmt. Die Einwohnerversammlung dazu hat am 19. Mai 2014 stattgefunden. Es hat keine Stimme gegeben, die sich dagegen ausgesprochen hat. Die Deputation hat die Trägerbeteiligung beschlossen. Der Beirat wird der erste Träger sein, der dazu eine Stellungnahme abgibt.

Herr Hafke erläutert aus Sicht der Stadtplanung (siehe Anhang), dass das Projekt für die Innenstadtentwicklung von Vegesack sehr positiv anzusehen ist, weil dort ein Ort entstehen soll, der etwas mehr hergibt, als in anderen Bereichen. Es wird ein besonderes Angebot geschaffen, wo barrierefreie Einfamilienhäuser als Ergänzung des Angebotes in Vegesack entstehen können.

Die öffentliche Auslegung wird vom 24.9. bis 24.10. erfolgen, anschließend geht das Projekt nochmals in die Deputation und kann Anfang 2015 in der Bürgerschaft beschlossen werden.

***Der Beirat stimmt der vorgestellten Planung für die Verabschiedung des Bebauungsplanes 101 einstimmig zu.***

## **Tagesordnungspunkt 8**

### **Halenbeckstraße Teilumbau zur Mischverkehrsfläche**

Der Vorsitzende führt kurz ins Thema ein. Ein privater Investor möchte auf eigene Kosten an der Ecke Gerhard-Rohlf's-Straße Halenbeckstraße öffentlichen Straßengrund umbauen. Ursache ist der Abriss des Gebäudes links neben dem Stadthaus, wo inzwischen schon der Neubau entsteht.

Der Vorsitzende möchte wissen, ob das ASV der Planung zugestimmt hat und wer später die Unterhaltung der Fläche übernimmt und sich um die Unterhaltung der Bäume, die auf den Plänen zu sehen sind, kümmern wird.

Herr Mosel möchte gerne die Fußgängerzone in den Anfangsbereich der Halenbeckstraße hereinziehen, um das Erscheinungsbild zu verbessern und um dem zukünftigen Nutzer die Möglichkeit zu geben im Außenbereich Gastronomie mit Bestuhlung zu betreiben. Den Bereich als Fußgängerzone auszuweisen wäre sehr aufwendig und schwierig und würde einen Zeitraum von ca. zwei Jahren benötigen, bis die einzelnen Schritte abgearbeitet wären.

Das ASV hat daraufhin den Vorschlag gemacht, das Ganze zu einer Mischverkehrsfläche umzuwidmen, die aber analog zur Fußgängerzone gestaltet wird. M-Projekt würde die Kosten des Umbaus tragen, wobei die Planung mit dem ASV abgestimmt und genehmigt werden muss. Der Unterhalt der Straße und Anlage würde aber, wie heute auch, in öffentlicher Hand bleiben. Gefühlt würde es also eine Erweiterung der Fußgängerzone werden, gewidmet wäre es als Mischverkehrsfläche.

Optisch wird die Pflasterung der Fußgängerzone angepasst.

Herr Behringer fragt wie der Übergang von der jetzigen Fußgängerzone zur Halenbeckstraße war.

Herr Romeiser erklärt, dass dort Poller stehen, damit kein Lieferverkehr über die Halenbeckstraße erfolgen kann. Die sollen dort auch wieder aufgebaut werden.

Frau Sprehe hält es für wichtig, dass dort Außenbestuhlung ermöglicht wird, um die Fußgängerzone zu beleben. Daher sind die geplanten Maßnahmen zu begrüßen.

***Der Beirat stimmt der vorgestellten Planung zur Umgestaltung des Bereiches Ecke Gerhard-Rohlf's-Straße und Halenbeckstraße zur Mischverkehrsfläche einstimmig zu. Der Beirat legt Wert auf die Feststellung, dass die Unterhaltung der gepflasterten Flächen künftig vom Amt für Straßen und Verkehr und die Pflege der Bäume durch den Umweltbetrieb Bremen wahrgenommen wird.***

#### **Tagesordnungspunkt 9 Anträge und Anfragen der Parteien**

Es liegen keine Anträge und Anfragen vor.

#### **Tagesordnungspunkt 10 Mitteilungen des Ortsamtsleiters**

Der Vorsitzende teilt mit, dass der Präsident der Bremischen Bürgerschaft, Herr Weber, dafür wirbt, dass Beiräte sich dafür einsetzen, dass Straßenbezeichnungen die auf bekannte Persönlichkeiten aus dem Stadtteil zurück zu führen sind, mit einem erklärenden Zusatz versehen werden. Der Vorsitzende erklärt, dass das in Vegesack schon an einigen Straßen so gehandhabt wurde. Er bittet um Vorschläge, welche Straßen das sein könnten. Ein Vorschlag kam schon von einer Bürgerin, die die Petzelstraße vorgeschlagen hat. Der Verkehrsausschuss wird sich damit befassen.

Außerdem teilt er mit, dass das Bildungsressort inzwischen die Stellenbesetzung der Schulleitung in der Schule Hammersbeck umsetzen konnte.

#### **Tagesordnungspunkt 11 Mitteilungen der Beiratssprecherin**

Frau Sprehe teilt mit, dass in diesem Monat eine Beirätekonferenz mit dem Thema Flüchtlingsunterbringung stattfinden soll. Sie wird am 24.9.2014 wieder eine Bürgersprechstunde anbieten (Herr Pörschke hat Urlaub). Sie hält es für bemerkenswert, wie viele Bürger diese Sprechstunde besuchen. Sehr verschiedene Themen werden dort vorgetragen. Es ging in der Vergangenheit um Bahnlärm, Verkehrsberuhigung, Baumrückschnitt und auch Turnhallen und Flüchtlinge.

**Tagesordnungspunkt 12**  
**Wünsche und Anregungen der Beiratsmitglieder**

Es werden keine Wünsche oder Anregungen der Beiratsmitglieder vorgetragen.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 21:55 Uhr.

Dornstedt  
Vorsitzender

Zilm  
Schriftführerin

Sprehe  
Beiratssprecherin